

Drei Beitritte und ein Einzelfall – ein Ländervergleich zur EU-Erweiterung 1995

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die ökonomischen Effekte der EU-Mitgliedschaft in den im Jahr 1995 beigetretenen Staaten Österreich, Schweden und Finnland. Im Wesentlichen werden dabei die Auswirkungen auf die Preisstabilität und das BIP-Wachstum betrachtet. Die mit dem Beitritt einhergehende Intensivierung bzw. die erstmalige Zulassung von Wettbewerb hatte besonders in zuvor geschützten Sektoren wie der Landwirtschaft eine preisdämpfende Wirkung. Auch beim BIP-Wachstum lassen sich positive Integrationseffekte feststellen, die in etwa in der Größenordnung von 0,5 Prozentpunkten zusätzlichem Wachstum pro Jahr liegen. In der Schweiz blieben diese Effekte mangels EU-Beitritt aus.

Wolfgang Pointner¹

1 Einleitung

Ende der Achtzigerjahre sahen sich europäische Staaten wie Österreich, Finnland, Schweden oder die Schweiz mit der Einführung des EU-Binnenmarktes konfrontiert, die für die teilnehmenden Staaten eine Intensivierung der wirtschaftlichen Integration mit sich bringen sollte. Zwischen 1989 und 1992 stellten die vier Staaten, die zu diesem Zeitpunkt alle EFTA-Mitglieder waren, einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft; dies geschah nicht zuletzt auch, um die mit der Integration verbundenen Nachteile für Außen-seiter abzuwehren.

Eine eingeschränkte Teilnahme am Binnenmarkt ohne vollständige EU-Mitgliedschaft wurde bereits durch den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ermöglicht. Während sich die Bevölkerung der Schweiz im Dezember 1992 gegen einen solchen Schritt aussprach,² traten Österreich, Finnland, und Schweden dem EWR bei, der im Jahr 1994 in Kraft trat. Der EWR basiert auf den „vier Freiheiten“ des freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie auf der Übernahme weiterer Teile des „acquis communautaire“ der EU. Darüber hinaus zielt er auf eine engere Zusammenarbeit in Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Umwelt, Bildungswesen und Sozialpo-

litik. Bei Produkten aus den Sektoren Landwirtschaft und Fischerei bestehen allerdings weiterhin Einschränkungen für den Warenverkehr. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zur EU-Mitgliedschaft liegt in der Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess: Für EWR-Mitglieder gibt es nur gewisse Mitsprache- und Anhörungsrechte; auch von weiteren Integrations-schritten wie der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sind sie ausgeschlossen.

In Österreich, Finnland und Schweden hatten bereits im Vorfeld des Beitritts ökonomische Analysen versucht, die Auswirkungen eines solchen Schritts zu quantifizieren und waren in allen drei Fällen zu einem überwiegend positiven Urteil gelangt.³ Im Folgenden soll nun untersucht werden, inwieweit diese Einschätzungen richtig waren; konkret werden dabei die Effekte der Integration auf die Preisstabilität, das BIP-Wachstum und die institutionellen Änderungen, die sich durch den EU-Beitritt ergeben haben, betrachtet und mit Veränderungen, die sich zur selben Zeit in der Schweiz ergeben haben, kontrastiert. Dabei ist klar, dass die unterschiedliche Dynamik in den drei beigetretenen Ländern und der Schweiz nicht ausschließlich auf den EU-Beitritt zurückgeführt werden kann, auf

¹ Der Autor dankt Gabriel Moser, Jarko Fidrmuc, Doris Ritzberger-Grünwald und Klaus Zinöcker für wertvolle Hinweise sowie Andreas Nader für seine Unterstützung bei der Bereitstellung von Daten.

² In einem Referendum über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU im März 2001 stimmte die Schweizer Bevölkerung ebenfalls mehrheitlich dagegen.

³ Für Österreich siehe in diesem Zusammenhang Felderer et al. (1994) und WIFO (1994).

Wissenschaftliche
Begutachtung:
Georg M. Busch,
Europäische Kommission.

Differenzen infolge der geringeren Integration wird explizit hingewiesen.

2 Marktöffnung führt zu geringerer Inflation⁴

Aus der Perspektive einer auf Preisstabilität ausgerichteten Notenbank sind die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Inflationsrate von besonderem Interesse. Die Erwartungen betreffend die Effekte eines Beitritts auf die Preise waren vor allem an folgende Überlegungen geknüpft: Durch den Wegfall immer noch bestehender Handelsbarrieren wie z. B. der Grenzformalitäten sollten die Preise für importierte Güter sinken und diese Intensivierung des Wettbewerbs und die Öffnung vormals geschützter Sektoren würde den Unternehmen die Möglichkeit nehmen, monopolistisch oder oligopolistisch Preise zu setzen, und sie zu effizienteren und damit kostengünstigeren Produktionsweisen zwingen.

Für die Zolltarife der neuen Mitgliedstaaten ergaben sich aus dem EU-Beitritt nur geringe Änderungen, da der Handel mit Industriewaren zwischen der EFTA und der EU bereits von Zöllen befreit war. Für Einfuhren aus Drittstaaten galten nun die EU-Zolltarife, sodass diese Zölle in Österreich um etwa 5% gesenkt und jene in Schweden um etwa 1% angehoben werden mussten; die finnischen Zölle entsprachen bereits den EU-Normen. Weiters entfielen nun die Grenzkontrollen und andere mit dem bilateralen Handel verbundene Formalitäten; Breuss (2003) schätzt die daraus resultierende Kostenersparnis auf 2,5% bis 5% des Handelsvolumens. Ein langfristiger Vergleich der Importpreise vor und nach dem Jahr 1995 ergibt fol-

gendes Bild: Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Importpreise von 1985 bis 1994 betrug in Österreich 0,7%, wie in den Jahren 1995 bis 2004. In Schweden und Finnland lag das Wachstum der Importpreise in den zehn Jahren nach dem EU-Beitritt deutlich unter jenem in den zehn Jahren davor. Dabei ist allerdings anzumerken, dass Finnland und Schweden in den frühen Neunzigerjahren gravierende Abwertungen ihrer Währungen verzeichneten, die zu einer wesentlichen Verteuerung der Importe führten.⁵

Ein deutlicher Effekt des EU-Beitritts war auch bei den Preisen von Nahrungsmitteln erwartet worden, da der landwirtschaftliche Bereich in der Vergangenheit besonders stark vor Konkurrenz geschützt gewesen war und in Hinblick der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU unterliegen würde. Tatsächlich gingen die Preise für Lebensmittel in Österreich im Jahr des EU-Beitritts um 1,7% zurück, in Finnland betrug der Rückgang angesichts zahlreicher staatlicher Monopole (z. B. Zucker) sogar 4,6%. Dabei hatte Finnland eine Ausnahme für alkoholische Getränke zugestanden bekommen, die erst im Jahr 2004 auslief und die HVPI-Inflationsrate nochmals um 0,8 Prozentpunkte reduzierte. In der Schweiz blieben solche Effekte aus, der Anstieg der Nahrungsmittelpreise lag im Jahr 1995 im Durchschnitt der Neunzigerjahre und betrug 0,6%. In Schweden hatte der EU-Beitritt nicht diesen dämpfenden Effekt auf die Lebensmittelpreise. Laut Dahl (1999) lag dies an der hohen Konzentration im schwedischen Einzelhandel und dem damit einhergehenden

⁴ Siehe auch Fluch et al. in diesem Band zur Inflation in Österreich seit dem EU-Beitritt.

⁵ Die finnische Markka wertete 1992 und 1993 um etwa 14% ab, die schwedische Krone 1993 um 17%. Die Importpreise stiegen 1993 in Schweden um 14% an.

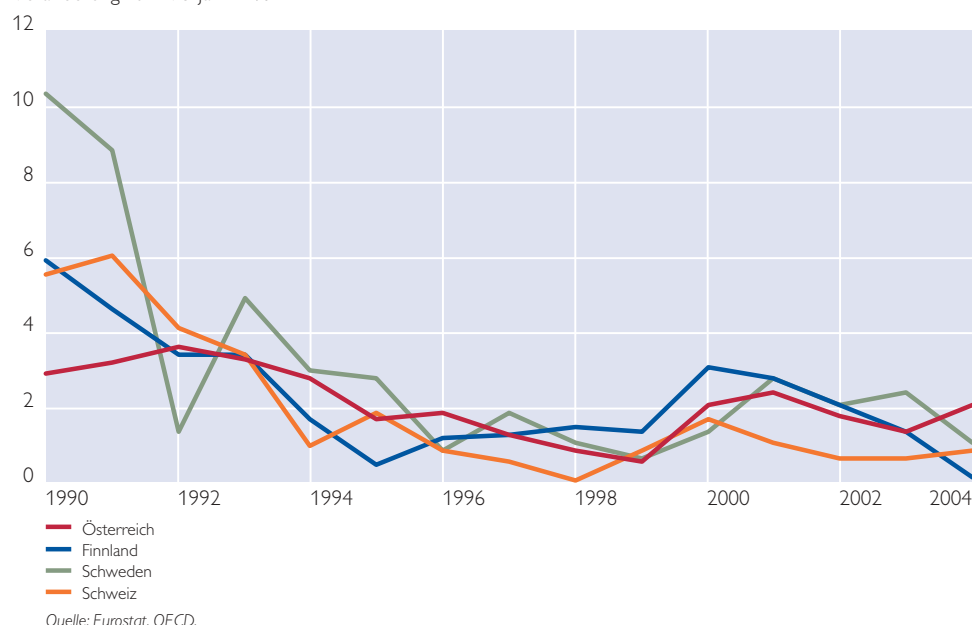
Mangel an Wettbewerb sowie einer überaus stark ausgeprägten Präferenz schwedischer Konsumenten für heimische Nahrungsmittel. Außerdem war der landwirtschaftliche Sektor in Schweden vor dem EU-Beitritt bereits stärker liberalisiert als in Finnland oder

Österreich. Im Jahr des EU-Beitritts nahmen die Nahrungsmittelimporte aus der EU in Österreich um 67%, in Finnland um 44% und in Schweden um 34% zu; in der Schweiz hingegen gerade um 7%.

Grafik 1

Anstieg der Verbraucherpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



Aber auch in anderen Sektoren hatte der EU-Beitritt preisdämpfende Effekte, besonders bei industriell gefertigten Gütern, deren Produzenten stärker externem Wettbewerb ausgesetzt sind als jene von Dienstleistungen. Breuss (2003) führt als Beispiel den Energiemarkt an, auf dem sich die vollständige Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes positiv auf die Produktionskosten und die Verbraucherpreise auswirkte, wobei die Effekte für Unternehmen größer waren als für private Haushalte. Auch bei den nicht energetischen industriellen Gütern haben die Preise seit dem Jahr 1995 in geringerem Ausmaß zugenommen, von 1990 bis 1994 betrug der

Anstieg dieser HVPI-Komponente pro Jahr durchschnittlich 2,5% in Österreich, 4,2% in Finnland und 3,4% in Schweden; in der Periode von 1995 bis 2004 lagen diese Werte bei 0,3% (Österreich), 0,5% (Finnland) und 0,2% (Schweden). Die niedrigeren Preissteigerungsraten dürften vor allem auf effizientere Produktion und dadurch geringere Kosten zurückzuführen sein; weder Sauner-Leroy (2003) noch Badinger (2004) finden signifikante Hinweise auf niedrigere Gewinnspannen der Unternehmen seit der Einführung des EU-Binnenmarktes.

Insgesamt waren die Verbraucherpreise in allen drei neuen Mitglied-

staaten seit 1995 deutlich weniger gestiegen als in den Jahren davor; der durchschnittliche Anstieg des HVPI lag in Österreich und Finnland bei 1,5% und in Schweden bei 1,6%. Österreich und Finnland⁶, die an der WWU teilnehmen, haben zur Erreichung des Geldpolitikziels im Euro-Raum beigetragen, die Inflationsrate mittelfristig nahe, aber unter 2% zu halten. Die Inflationsdifferenziale zwischen den drei EU-Staaten haben seit dem Beitritt abgenommen.

Auch in der Schweiz hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise nach 1995 deutlich verringert, allerdings war dies nicht so sehr auf mehr Wettbewerb zurückzuführen, sondern auf das Anwachsen der Produktionslücke infolge der äußerst geringen Wachstumsdynamik in diesen Jahren.⁷ Das schwache BIP-Wachstum spiegelt sich auch in der Entwicklung der Lohnstückkosten wider: Obwohl die Schweiz von allen hier betrachteten Ländern seit 1995 die geringsten Lohnzuwächse verzeichnet hat, sind die Lohnstückkosten stärker gestiegen als in Österreich, da der jährliche Produktivitätsfortschritt im Durchschnitt nur 0,7% betrug. In Österreich lagen die Produktivitätszuwächse wie in Finnland und in Schweden ungefähr bei 2% jährlich, aufgrund des moderaten Wachstums der österreichischen Effektivlöhne ergab sich daraus ein durchschnittlicher Anstieg der Lohnstückkosten von 0,7% pro Jahr.

Der geringe Wettbewerbsdruck in der Schweiz, der zu relativ hohen Preisen führt, wird auch von der OECD (2002) kritisiert. Zwar wurde in den

Neunzigerjahren das Wettbewerbsrecht ausgebaut, aber den entsprechenden Behörden fehlen ausreichende Sanktionsmöglichkeiten. Im Jahr 2001 verhängte die Europäischen Kommission die höchste bis dahin ausgesprochene Strafzahlung gegen ein Schweizer Kartell im Pharmabereich, während die daran beteiligten Unternehmen in der Schweiz mit einer Verwarnung davonkamen, da die dortige Wettbewerbsbehörde erst beim Nachweis eines wiederholten Verstoßes Strafen verhängen kann. Auch bei öffentlichen Ausschreibungen führt die OECD die relativ hohen Preise auf mangelnden Wettbewerb zurück.

3 Wachstumseffekte der Integration

Wirtschaftliche Integration eröffnet neue Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung und führt über zunehmende Spezialisierung zu mehr Handel und höherem Wachstum. So lautete kurz gefasst das Urteil der traditionellen ökonomischen Theorie zu den Konsequenzen der europäischen Integration für den Handel und das BIP-Wachstum. Während dabei die positiven Effekte stärkerer internationaler Zusammenarbeit vor allem mit relativen komparativen Vorteilen begründet wurden, stehen in der neueren Theorie andere Aspekte im Vordergrund, wie z. B. die Größe des Marktes und die sich daraus ergebende Möglichkeit zur Nutzung von Skaleneffekten, die aus Handel und ausländischen Direktinvestitionen resultierenden Spill-overs für Technologie und Humankapital oder die räumliche

⁶ Die Preisstabilität war in Finnland bereits zum Zeitpunkt des EU-Beitritts sehr hoch, was auch auf die Einführung eines expliziten Inflationsziels im Jahr 1993 zurückzuführen ist. Preisstabilität war dabei definiert als Anstieg der Kerninflation (i. e. Verbraucherpreisinflation ohne Anstieg der indirekten Steuern und Wohnungskosten) von 2% (OECD, 1995).

⁷ Siehe OECD (1999).

Nähe der Produktionsstätten zu den Verbrauchern.⁸ Eine modellgestützte Analyse der Handelseffekte durch den EU-Beitritt bietet Fidrmuc in diesem Heft.

Mit einer Steigerung des Wachstums durch die Teilnahme am Binnenmarkt konnten unmittelbar die Unternehmen des industriellen Produktionssektors rechnen, da sie in der Regel handelbare Waren herstellen. Tatsächlich konnte dieser Sektor in den drei neuen Mitgliedstaaten seit 1995 seine Zuwachsraten steigern und von allen Wirtschaftsbereichen die höchsten Wachstumsraten verzeichnen, während z. B. in der Schweiz das Wachstum der Industrie konstant und deutlich unter den Werten von Österreich, Finnland oder Schweden blieb.

Zunehmende Spezialisierung geht mit strukturellem Wandel der industriellen Produktion einher. Finnland und Schweden haben seit ihrem EU-Beitritt eine besonders deutliche Veränderung der sektoralen Zusammensetzung ihrer Volkswirtschaft erlebt. In beiden Ländern hatte im Jahr 1994 die Papierindustrie den größten Beitrag zur Wertschöpfung in der Sachgüterproduktion geliefert. Seither hat sich die Bedeutung dieses Sektors verringert, dafür hat jene der Elektrotechnik stark zugelegt und hier wieder besonders die Produktion von Gütern für die Telekommunikation. Der gesamte Bereich Elektrotechnik ist in Finnland

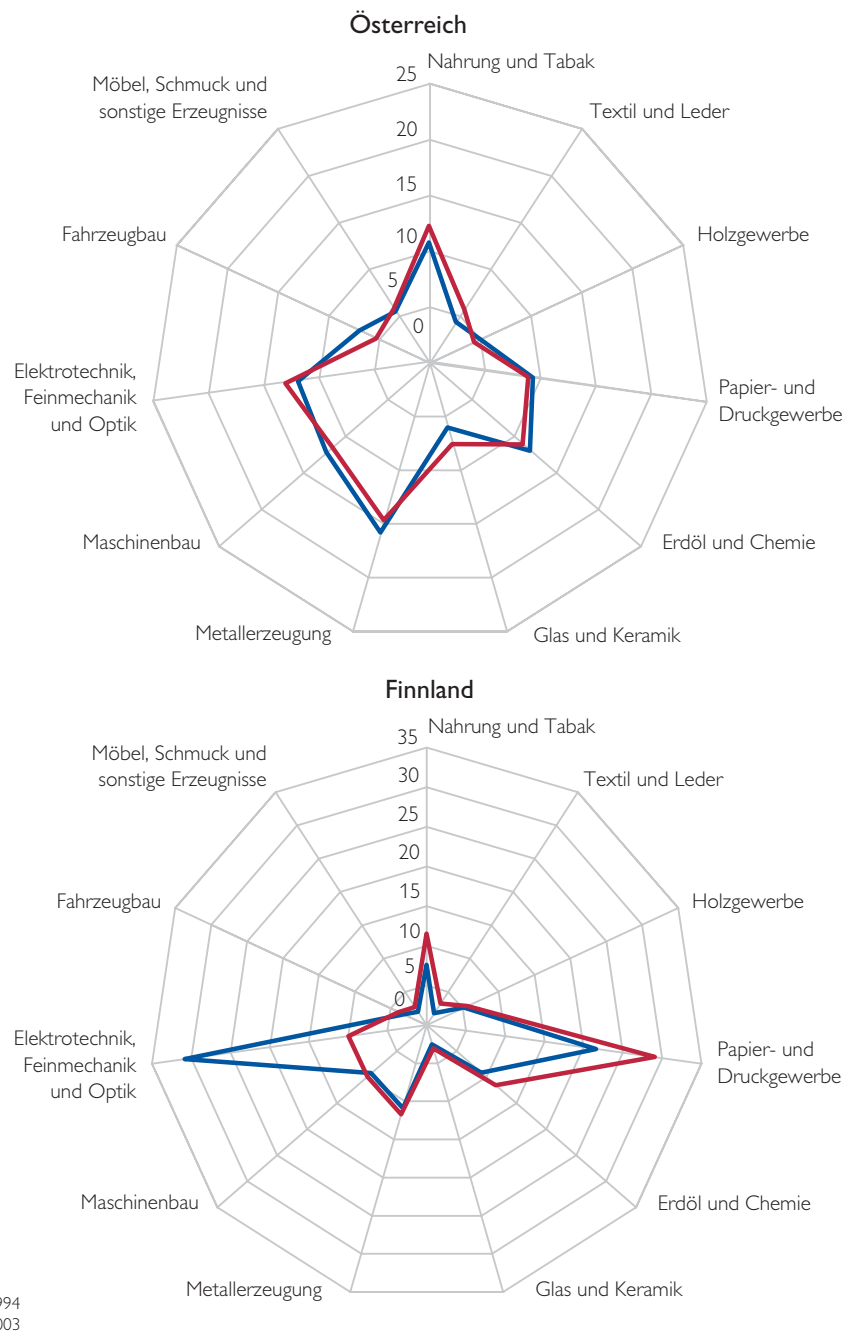
seit dem EU-Beitritt um mehr als 400%, in Schweden sogar um 500% gewachsen, während das Wachstum in Österreich über diesen Zeitraum rund 20% betrug.

In Österreich kam es nicht zu so einschneidenden Veränderungen. Traditionell bedeutende Sektoren wie die Metallerzeugung haben ihren Anteil an der Sachgütererzeugung weiter ausgebaut. Am stärksten gewachsen ist seit 1995 der Fahrzeugbau, der in diesem Zeitraum eine durchschnittliche Jahreswachstumsrate von 7% aufwies (Sachgütererzeugung insgesamt: 3%). Als größter Industriesektor machte die Metallerzeugung in Österreich im Jahr 2003 knapp unter 16% der Sachgütererzeugung aus, während der Anteil der Elektrotechnik in Finnland und Schweden jeweils über 30% lag. Mit einem so hohen Grad der Spezialisierung gehen aber auch bestimmte Risiken einher: Das Wachstumspotenzial in beiden Ländern ist stark von der Nachfrage nach einer eng definierten Gütergruppe abhängig. Durch die Ausnutzung von steigenden Skaleneffekten bei der Produktion durch Unternehmen in einer kleinen offenen Volkswirtschaft können allerdings schnell derart riskante nationale Spezialisierungsmuster entstehen. Auch in der Schweiz blieb die Industriestruktur im Vergleich zu den skandinavischen Staaten eher konstant.

⁸ Für einen Überblick über die theoretische Literatur zu wirtschaftlicher Integration siehe Wolfmayr-Schnitzer (1999).

Strukturwandel seit dem EU-Beitritt¹⁾

Anteil der Sektoren an der Gesamtindustrie in %



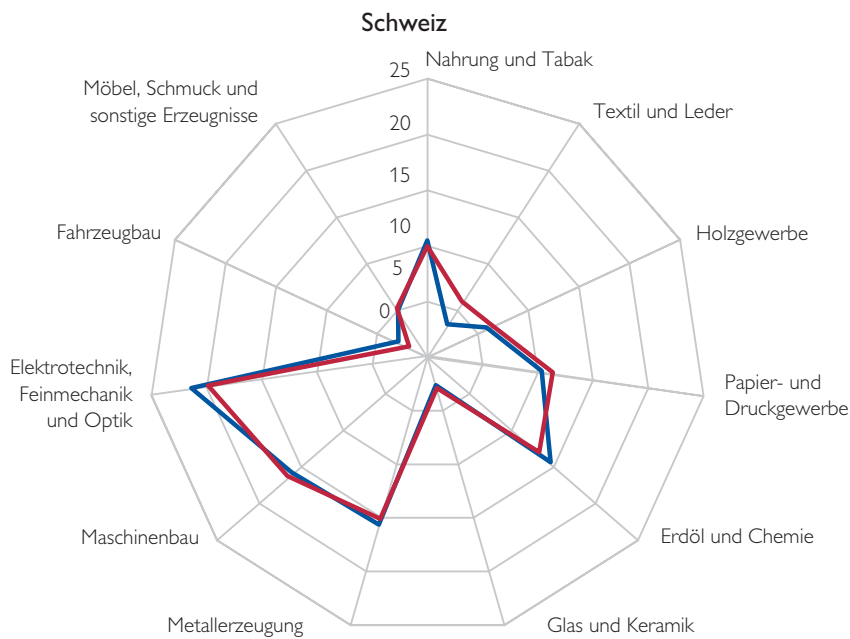
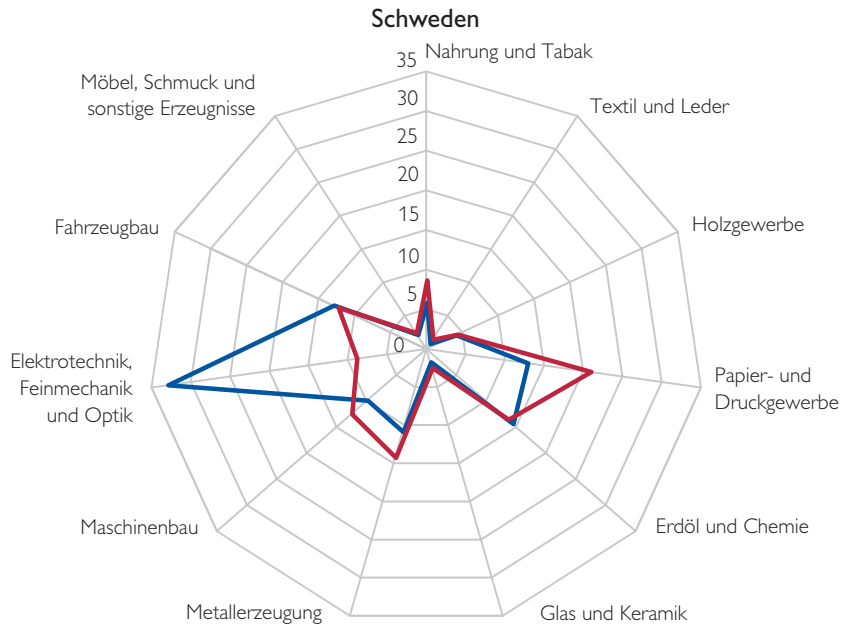
Quelle: Eurostat, Bundesamt für Statistik (Schweiz).

¹⁾ In diesen Grafiken werden die Beiträge einzelner Wirtschaftszweige zur gesamten Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie in Österreich, Finnland, Schweden und der Schweiz vor dem EU-Beitritt mit den rezenten Daten verglichen. Im Fall der Schweiz handelt es sich um die Beschäftigtenanteile.

Grafik 2b

Strukturwandel seit dem EU-Beitritt¹⁾

Anteil der Sektoren an der Gesamtindustrie in %



— 1994
— 2003

Quelle: Eurostat, Bundesamt für Statistik (Schweiz).

¹⁾ In diesen Grafiken werden die Beiträge einzelner Wirtschaftszweige zur gesamten Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie in Österreich, Finnland, Schweden und der Schweiz vor dem EU-Beitritt mit den rezenten Daten verglichen. Im Fall der Schweiz handelt es sich um die Beschäftigtenanteile.

Der Frage nach den kumulierten Wachstumseffekten eines EU-Beitritts gehen Crespo-Cuaresma et al. (2003) nach. In einer Panelschätzung regressieren sie das BIP-Wachstum auf eine Reihe von Variablen, darunter die Anzahl der Jahre der EU-Mitgliedschaft. Letztere erweisen sich dabei als signifikant positiv; da die Intensität des Handels ebenfalls als erklärende Variable berücksichtigt wird, werden die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft im Sinn der endogenen Wachstumstheorie über die verbesserte Diffusion von technologischem Wissen erklärt. Breuss (2005) nimmt ebenfalls eine ökonometrische Schätzung der Effekte der EU in den drei Ländern vor und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass der Beitritt in Finnland die stärksten Wachstumsimpulse ausgelöst hat. Unter Berücksichtigung der durch die Schaffung des Binnenmarktes und durch den EWR-Beitritt ausgelösten Integrationseffekte ergeben sich für Finnland 0,7 Prozentpunkte zusätzliches Wachstum pro Jahr, was vor allem durch den massiven Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen und die deutliche Steigerung der finnischen Forschungsaktivitäten erklärt werden kann. In Österreich und Schweden liegen die Wachstumseffekte mit 0,4 bzw. 0,3 Prozentpunkten pro Jahr etwas niedriger. Dabei handelt es sich um temporäre Integrationseffekte, nach fünf bis sechs Jahren klingen diese wieder ab und die Wachstumsraten kehren zu ihrem vorherigen Niveau zurück. Aufgrund der geographischen Lage der Schweiz inmitten der EU und den daraus resultierenden intensiven Handelsbeziehungen kann angenommen werden, dass der Wachstumseffekt für

die Schweiz über jenem für Schweden gelegen wäre.

Österreich und Finnland nehmen bereits an der dritten Stufe der WWU teil und haben daher auch schon den Euro eingeführt. Die damit einhergehende Vertiefung der Integration von Finanz- und Gütermärkten lässt nach den Ergebnissen von Rose (2000) und Persson (2001) erwarten, dass es zu zusätzlichen Wachstumsimpulsen kommen wird. Ein Teil dieser Impulse ist auf die geringere Volatilität des Wechselkurses zurückzuführen. Diese ist in Finnland und Schweden seit dem EU-Beitritt deutlich zurückgegangen; in Österreich und der Schweiz ist sie seit 1995 im Vergleich zu den zehn Jahren davor in etwa gleich geblieben; in Österreich befand sie sich aber aufgrund der erfolgreichen Hartwährungspolitik immer schon auf äußerst niedrigem Niveau.⁹

4 Rechtliche und institutionelle Änderungen durch den EU-Beitritt bzw. im Verhältnis zur EU

Aufgrund der Teilnahme am Binnenmarkt ergab sich für Österreich, Finnland und Schweden Änderungsbedarf bei den rechtlichen Rahmenbedingungen. Dabei geht es vor allem darum, die auf europäischer Ebene verabschiedeten Richtlinien in geltendes nationales Recht umzusetzen. Einheitliche Rechtsnormen bilden in vielen Bereichen eine unabdingbare Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes. Diese Umsetzung in den einzelnen Mitgliedstaaten wird von der Europäischen Kommission überwacht und im so genannten Binnenmarktanzeiger veröffentlicht. So

⁹ Gnan et al. in diesem Heft zeigen, dass die effektiven Wechselkurse Österreichs sich durch den WWU-Beitritt deutlich stabilisiert haben.

hatte Österreich im Jahr 1997 10% der damals bestehenden Binnenmarktregelungen noch nicht umgesetzt, Schweden 6% und Finnland 4%. Im Jahr 2004 war dieses Umsetzungsdefizit in allen drei Ländern auf rund 2% gesunken.¹⁰

Durch den EU-Beitritt sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, einen Beitrag zum EU-Haushalt zu leisten. Abzüglich der in den jeweiligen Ländern getätigten Ausgaben der EU ergibt sich daraus eine Nettoposition, die in dem jährlichen Bericht über die Aufteilung der operativen Ausgaben veröffentlicht wird. Österreich und Schweden zählen zu den Nettozahlern in der EU, der Beitrag Schwedens lag von 1995 bis 2003 relativ konstant bei rund 0,4% des BIP, während Österreich 1995 noch einen Saldo von 0,5% des BIP aufwies und diesen bis 2003 auf 0,15% reduzierte. Finnland bilanzierte gegenüber der EU in den meisten Jahren eher ausgeglichen.¹¹ 72% der Rückflüsse aus dem EU-Budget gehen in Österreich in die Landwirtschaft, in Form von Direktbeihilfen, Ausfuhrerstattungen oder Unterstützungen zur Entwicklung des ländlichen Raums. In Finnland und Schweden werden dafür 66% bzw. 60% aufgewendet; in diesen Ländern werden prozentuell mehr Mittel aus den Strukturfonds ausgegeben.

Um trotz des negativen Plebiszits an der europäischen Integration partizipieren zu können, hat die Schweiz eine Reihe bilateraler Abkommen mit der EU geschlossen, die im Juni 2002 in Kraft traten. Diese Vereinbarungen erweitern das bereits seit 1972 bestehende Freihandelsabkommen, und

zwar in den Bereichen Personenfreizügigkeit, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Luft- und Landverkehr, Landwirtschaft sowie Forschung. Ziel dieser Abkommen war die weitgehende rechtliche Gleichstellung von Personen und Unternehmen aus der Schweiz mit jenen aus der EU in den jeweiligen Bereichen. So wurde z. B. der Arbeitsmarkt der EU für Schweizer Bürgerinnen und Bürger vollständig geöffnet, Agrarzölle wurden abgebaut oder der Alpentransit neu geregelt. Mit dem In-Kraft-Treten dieses Abkommens begann eine neue Verhandlungsrunde zwischen der Schweiz und der EU („Bilaterale II“), in der Themen wie Zinsbesteuerung, Betrugsbekämpfung, Sicherheits- und Asylpolitik sowie Statistik behandelt wurden. Nachdem diese Verhandlungen im Vorjahr abgeschlossen wurden, ist mit einer Ratifizierung im Verlauf des Jahres 2005 zu rechnen. Hauser und Roitinger (2001) weisen allerdings darauf hin, dass es innerhalb dieser bilateralen Abkommen nicht zu einer stetigen Weiterentwicklung kommt, sodass auf Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in den teilnehmenden Staaten nicht adäquat reagiert werden kann. Eine Anpassung an derartige Änderungen ist in jedem Fall erneut von der Verhandlungsbereitschaft der EU abhängig.

5 Schlussfolgerungen

Die an den EU-Beitritt geknüpften Erwartungen haben sich in den drei im Jahr 1995 beigetretenen Ländern bezüglich der hier betrachteten Aspekte zum Großteil erfüllt. Der

¹⁰ Nur Litauen, Spanien, die Niederlande und Ungarn haben bereits mehr Binnenmarktregelungen umgesetzt als die hier betrachteten Länder. Zum Umsetzungsgrad der Binnenmarktrichtlinien in allen EU-Staaten siehe Europäische Kommission (2005).

¹¹ In der Hälfte der Jahre seit dem EU-Beitritt betrug der Saldo Finnlands gegenüber dem EU-Budget weniger als 0,1%; Finnland war auch in gleich vielen Jahren Nettoempfänger wie Nettozahler.

Anstieg der Preise ist in diesen Ländern seither geringer ausgefallen, was zum einen auf die Öffnung vormals geschützter Sektoren wie der Landwirtschaft und zum anderen auf die Intensivierung des Wettbewerbs zurückzuführen ist. Niedrigere Importpreise können für Österreich nicht festgestellt werden und auch in den beiden anderen Ländern dürfte dies eher auf die Wechselkursschwankungen in den frühen Neunzigerjahren zurückzuführen sein. Obwohl das Produktivitätswachstum seit dem EU-Beitritt in allen drei Ländern in etwa gleich hoch war, stiegen die Lohnstückkosten in Österreich deutlich geringer, was auf ein geringeres Wachstum der Effektivlöhne zurückgeführt werden kann.

Auch für das BIP-Wachstum lassen sich in empirischen Untersuchungen positive Effekte des Beitritts belegen. Die sich aus der ökonomischen Integration ergebenden Möglichkeiten zur sektoralen Spezialisierung wurden in Finnland und Schweden in größerem Umfang genutzt als in Österreich. Der Schweiz sind durch ihre Nichtteilnahme alle diese positiven Auswirkungen entgangen. Der in den letzten Jahren beschrittene Weg einer Annäherung durch bilaterale Abkommen vermag zwar Integrationseffekte in der Schweiz auszulösen, diese können aber nicht mit einer Mitgliedschaft im EWR oder in der EU verglichen werden.

Literaturverzeichnis

- Badinger, H. 2004.** Do We Really Know that the EU's Single Market Programme Has Fostered Competition? EI Working Paper 55.
- Breuss, F. 2003.** Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen. In: WIFO-Monatsbericht 7.
- Breuss, F. 2005.** Austria, Finland and Sweden after 10 Years in the EU: Expected and Achieved Integration Effects. EI Working Paper 65.
- Crespo-Cuaresma, J., M. A. Dimitz and D. Ritzberger-Grünwald. 2003.** The Impact of European Integration on Growth: What Can we Learn for EU Accession? In: Tumpel-Gugerell, G. and P. Mooslechner. (Hrsg.). Economic Convergence and Divergence in Europe. Edward Elgar.
- Dahl, L. 1999.** Effects of the Internal Market and EU Membership on Sweden. In: Luif, P. and K. Oberegelsbacher. (Hrsg.). The Initial Years of EU Membership. Wien. Verwaltungsakademie des Bundes.
- Europäische Kommission. 2005.** Zweiter Bericht über die Umsetzung der Binnenmarktstrategie 2003–2006: http://europa.eu.int/comm/internal_market/en/update/strategy/2nd-impl-report_de.pdf
- Felderer, B., R. Koman, K. Pichelmann und A. Wörgötter. 1994.** Wirtschaftliche Folgen der Ausgrenzung Österreichs von der Europäischen Union. IHS. Wien
- Hauser, H. und A. Roitinger. 2001.** EWR oder Bilateralismus? – Zwei Integrationsoptionen der Schweiz im Vergleich. Universität St. Gallen.
- OECD. 1995.** Economic Survey Finland. Paris.
- OECD. 1999.** Economic Survey Switzerland. Paris.
- OECD. 2002.** Economic Survey Switzerland. Paris.
- Persson, T. 2001.** Currency Unions and Trade: How Large is the Treatment Effect? In: Economic Policy 33. 435–448.
- Rose, A. K. 2000.** One Money, One Market: The Effect of Common Currencies on Trade. In: Economic Policy 30. 9–45.
- Sauner-Leroy, J.-B. 2003.** The Impact of the Implementation of the Single Market Programme on Productive Efficiency and on Mark-ups in the European Union Manufacturing Industry. European Commission Economic Paper 192.
- Widgren, M. 1999.** EU Membership's Consequences for the Finnish Economy: Estimates before Membership and First Experiences. In: Luif, P. and K. Oberegelsbacher. (Hrsg.). The Initial Years of EU-Membership. Wien. Verwaltungsakademie des Bundes.
- WIFO. 1994.** Österreich in der Europäischen Union. Anforderungen und Chancen für die Wirtschaft. Sonderheft der WIFO-Monatsberichte.
- Wolfmayr-Schnitzer, Y. 1999.** Economic Integration, Specialisation and the Location of Industries. A Survey of the Theoretical Literature. WIFO Working Paper 120.